

Auszug:
Vorwort

„Es bedarf schon einer ganz besonderen Motivation, um sich an eine Dissertationsschrift wie die vorliegende zu wagen und sie in dem Umfange, wie hier geschehen, auch tatsächlich vorzulegen. Die darin bestehende Leistung ist, insbesondere dann, wenn man die schwierigen Lebensumstände des Verfassers kennt, in hohem Maße lobens- und bewundernswert.

Es ist wohl, wenn ich es recht sehe, der spezielle Lebensweg des Autors gewesen, welcher ihn bewogen hat, sich des Themas anzunehmen und von ihm nicht zu lassen. Die Arbeit ist insofern seine Art und Weise gewesen, eigene Erlebnisse aufzuarbeiten. Er hat darin Zeugnis von dem abgelegt, was er zum großen Teil persönlich erlebt und durchgemacht hat. Daß eben dies nicht als persönliche Abrechnung ausgefallen ist, sondern daß daraus eine weitgehend objektive, wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Untersuchung geworden ist, sei dem Autor hiermit ausdrücklich attestiert.

Was ist an der hier publizierten Dissertationsschrift originell? Ich bin zu dem Schluß gelangt, daß sich dies sowohl von dem Forschungsansatz wie von einigen Forschungsergebnissen des Autors sagen läßt. Was den Forschungsansatz betrifft, so ist meines Wissens noch nie ein Landes- bzw. Bezirksverband einer „Satellitenpartei“, der CDUD, im Hinblick darauf untersucht worden, wie er in die „Gefangenschaft“ der herrschenden Partei, der SED, geführt und gehalten worden ist, wie er sich darin eingerichtet und in ihren Führungskräften offensichtlich sogar wohlgeföhlt hat. Insofern dies im vorliegenden Fall als gelungen gelten kann, verdient es festgehalten zu werden, daß der Verf. in exemplarischer Weise ermittelt hat, wie es der CDUD in der SBZ und der DDR ergangen ist. Man kann wohl davon ausgehen, dass auch alle anderen „Satelliten-Parteien“ und selbst die SED ein ähnliches Schicksal ereilt hat. Sie sind sämtlich um ihre Eigenständigkeit gebracht, sind zu Instrumenten der SED-Partei- und DDR-Staatsführung gemacht, sind administrativ in deren Dienst gestellt und finanziell von ihnen ausgehalten worden.

Dabei spielte, was die in dieser Untersuchung angefallenen Forschungsergebnisse angeht, wenn ich den Verf. richtig verstanden habe, die offizielle marxistisch-leninistische Ideologie gar bald, nämlich nachdem ihr alle Parteien gleichermaßen huldigten, innenpolitisch nur noch eine Rolle als manipulierte Rechtfertigungs- und Machtbefestigungsideologie: Im Zentrum stand die Manipulation der Parteien selbst, ihrer Parteifunktionäre wie ihrer Mitglieder. Daß die jeweiligen Parteiführungen mit den von ihnen abhängigen Parteifunktionären, die vor allem auf ihre Existenz bedacht waren, leichtes Spiel gehabt haben, leuchtet unmittelbar ein. Schwieriger war es schon, eine Antwort darauf zu finden, was einfache Parteimitglieder bewogen hat, in die „Satellitenparteien“ einzutreten und sie nicht über kurz oder lang aus Enttäuschung wieder zu verlassen. Darauf hat der Verf. mit seinem Hinweis auf den „fortschrittlichen Teil“ der Parteimitglieder in der CDUD eine Antwort gegeben. Im Gegensatz zu zahlreichen resignierenden Parteimitgliedern hatten sie ein Interesse daran, der Partei anzugehören, entweder zu ihrem persönlichen Schutz vor einer ansonsten schwerlich zu umgehenden SED-Mitgliedschaft oder auch zu ihrem persönlichen sozialen Fortkommen. Die Mitgliedschaft in einer „Satelliten-Partei“ bot für nicht wenige soziale Aufstiegschancen zweiter Ordnung und Nischenplätze für viele. Sie sorgte einerseits für Deckung und Schutz vor weitaus unliebsameren ideologischen und politischen Zumutungen vonseiten der SED wie sie andererseits Teile der Gesellschaft im „Abseits“ neutralisierte, sie aber gleichwohl einband.

Dargestellt wird in diesem umfangreichen Opus von fast 800 Seiten, inkl. 144 Seiten Dokumente, zugleich der Prozeß der gesellschaftlichen „Gleichschaltung“ und Einbindung der „Satelliten-Parteien“. Er erfolgte, dem Verf. zufolge, in vier Etappen: mittels der anfangs beschworenen

„SED-Bündnispolitik“, sodann mittels der verordneten „Einmütigkeit“ der Block-Parteien, danach mittels der Einbindung in die „Nationale Front“ und schließlich, zusätzlich noch mittels der gezielten „Unterwanderung“ der Parteien durch geheime inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (IM) und geheime inoffizielle Mitarbeiter im besonderen Einsatz (IME). Wobei natürlich zu beachten ist, daß diese wechselhaften aber sich ergänzenden Methoden der Kontrolle nur deshalb erfolgreich waren, weil und solange das politische Zwangssystem in der SBZ und der DDR, ausgeübt zunächst durch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) und sodann durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), kurz die STASI genannt, reibungslos funktionierte.

In den Darlegungen des Verfs. zu der, wie er es nennt, „geheimen Transformation der CDUD-Parteileitungen in Berlin und Schwerin“, bei der es sich um die systematische Unterwanderung der CDUD durch geheime Mitarbeiter des DDR-Geheimdienstes handelt, heißt es gleich zu Beginn, in der Vorbemerkung: Es gab einen „relativ geringen Teil der CDUD-Mitgliedschaft, der gegen die herrschende Ideologie relativ resistent war, der sich in Gruppen teilte, die aus verschiedenstem Interesse Mitglieder der CDUD waren: aus Tradition, vor allem jene, die schon unter Hermes und Kaiser Mitglied geworden waren und die sich in der Scheinvorstellung befanden, CDUD und CDU seien soweit nicht voneinander entfernt, denn beide Parteien seien eigentlich die eine gesamtdeutsche Partei mit dem verbindenden „C“. Andere suchten in der CDUD eine Nische, um mit dieser Mitgliedschaft ihre Staatsloyalität darzustellen, die als Voraussetzung eines gewissen beruflichen Aufstiegs in der DDR gefordert wurde. Wieder andere wollten Mitglieder der SED werden, wurden aber wegen ihrer sozialen Herkunft bzw. Schichtzugehörigkeit zum Mittelstand oder als Angestellte dort nicht aufgenommen und entschieden sich dann häufig für eine CDUD-Mitgliedschaft, aus Karrieregründen, denn neben der SED war die CDUD die stärkste und einflußreichste Blockpartei der DDR.“

Zu dieser Gruppe von resigniert und sich angepaßt habenden CDUD-Mitgliedern kam, nach den Ermittlungen des Verfs., eine zahlenmäßig eher kleinere aber weitaus einflußreichere Schicht, welche den Rückhalt der Parteileitung bildete und jederzeit mobilisierbar und instrumentalisierbar gewesen ist. „Diese Funktionäre standen potentiell dem MfS als geheime Mitarbeiter zur Verfügung, um die Einhaltung und Durchführung der Doktrin ständig zu überprüfen und gegebenenfalls regulierend, im SED-Führungsinteresse, einzugreifen. Dabei war das Interesse der Führungsschicht der Staatspartei mit dem der Führungsschichten in den Blockparteien identisch: diesen Partei- und Nomenklaturkadern war an der Sicherung und Erhaltung des bestehenden Herrschaftssystems gelegen, ihr persönliches Interesse an der Machterhaltung wurde zum Postulat des Staats- und Systeminteresses. Es gab den Teil der sogenannten fortschrittlichen CDUD-Mitgliedschaft, der ein Heer von bereitwilligen Claqueuren aller ‚Initiativen‘ der Partei und des herrschenden ‚real existierenden Sozialismus‘ in der DDR war, ein Heer aus Verführten und Opportunisten.“

Der Verf. hat es sich im zweiten Teil seines Buches zur Aufgabe gemacht, das „Zusammenwirken und die Infiltration des CDUD-Funktionärsapparates mit dem und durch das MfS“ mittels der heute zugänglichen Aktenbestände, insbesondere des BStU, nachzuweisen. Er hat es überdies zusätzlich auch noch unternommen, den Einfluß des MfS auf die Kirchen und deren Amtsträger wie die nachrichtendienstlichen Einsätze im „Operationsgebiet“, also in Westdeutschland, soweit dabei IM der CDUD beteiligt waren, zu belegen.

Nach den Ermittlungen des Verfs. war es ein Ziel der Infiltrationen und Ausspähungen, insbesondere in den ersten Jahren der SBZ, von 1945 – 49, die CDUD von sogenannten „reaktionären Kräften“ zu säubern, „um die Blockpolitik im Sinne der SED zu gewährleisten und um das Feigenblatt einer disziplinierten CDUD als Mehrparteienoptik nach außen hin vermitteln

zu können.“ Später, in der „abschließenden Phase der ‚freundschaftlichen Konsultationen‘“, ist die CDUD von der SED mehr und mehr geradezu als „Schwesterpartei“ betrachtet und behandelt worden. Darüber heißt es im Text: „Im Begriff ‚Mitverantwortungs-Diktatur‘ ist die Kategorie der SED-Herrschaft offenbar: Formell-demokratisch proklamierte die SED Partizipation und Interessenvielfalt als politisches Ziel, doch Mitverantwortung und Pluralität in Staat und Gesellschaft der DDR waren nach den geheimen Akten des MfS geheimpolizeilich geführt und - abgesichert; Mitverantwortung war nicht nur Demokratie-Illusion, sie war vor allem die Mobilisierung der DDR-Gesellschaft für die Ziele der SED und deren Verstrickung in das schuldhafte Staatshandeln.“

Aus den vom Verf. eingesehenen Akten des BStU, gezeichnet „(Mielke) Staatssekretär“, vom 01.01.1952, geht eindeutig hervor, daß von den Informanten des MfS regelmäßig Monatsberichte über die Blockparteien, die Kirchen und Sekten zu erstellen, daß über ausgewählte Personen spezielle „Personalakten“ anzulegen und daß von den Informanten „Arbeitsakten“ über Anwerbungen und „Treffberichte“ über Zusammenkünfte anzufertigen waren. Mehrfach wird in Akten aus dem Jahr 1953, dem Jahr des „Volksaufstandes“ in der DDR, gezeichnet von „Mielke – Generalleutnant“, gerügt, daß „die bürgerlichen Parteien als Objekte ungenügend bearbeitet“ worden seien. Als Reaktion auf den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 erging am 28. August 1953, gezeichnet von „Staatssekretär Mielke“, die Anordnung: „Das Suchen nach geeigneten GM und GI (dazumal Geheimer Mitarbeiter bzw. Geheimer Informator, später gemeinhin als IM geführt, H. W.) ist gründlicher als bisher zu betreiben.“ Dabei ist der Personenkreis, der für Anwerbungen in Frage kam, detailliert aufgeschlüsselt worden.

Die vorliegenden Zeugnisse genügen, nach der Ansicht des Verfs., um die Feststellung zu treffen: „Planmäßig wurden durch die Sicherheitsapparate der SED alle anderen Parteien, die Kirchen, alle gesellschaftlichen Kräfte und Organisationen durch Anwerbung von GM und GI ‚aufgeklärt‘ und schließlich im Verbund mit den jeweiligen ‚fortschrittlichen Kräften‘ fremdbestimmt, im Sinne der Politik der SED. Eine Unterstützung der ‚fortschrittlichen Kräfte‘ innerhalb der CDUD durch das MfS/SfS (SfS stand seinerzeit für Staatssekretariat für Staatssicherheit im Ministerium des Innern der DDR, H. W.) ist durch die ‚Bearbeitung des Objekts CDU‘ offensichtlich. Dies gelang nicht in jedem Fall, wie sich bei den Kirchen zeigte, doch für die CDUD muß festgestellt werden, wie auch für die anderen Blockparteien, daß die Strategie geheimpolizeilicher Ausschaltung aller demokratischen Kräfte und Impulse zwangsläufig zur Gleichschaltung mit der SED, im Verbund mit den parteieigenen fortschrittlichen Kräften, geführt hat. ... ‚Die Diensteinheiten müssen ständig in der Lage sein, ihren Verantwortungsbereich vor Spionen, Agenten, feindlichen Gruppierungen, Banden und feindlichen Einzelpersonen zu schützen. Sie müssen Konzentrationen konterrevolutionärer Kräfte aufklären und Maßnahmen planen, die zur Überwindung, Isolierung und gegebenenfalls Liquidierung dieser Kräfte führen.‘ (zit. aus den Akten des BStU, H. W.) ... das Wenige (was wir an Materialien haben, H. W.) reicht aus, um zu belegen, was das Ungeheuerliche war: Die sogenannten Parteien des ‚antifaschistisch-demokratischen Blocks‘ waren durch die STASI unterwandert und fremdbestimmt, sie waren durch die SED-Bündnispolitik zu ‚Mitgestaltern‘ und ‚Mitverantwortlichen‘ an der DDR-Diktatur gemacht worden. ... Die immer größere Zahl der angeworbenen Denunzianten und tätigen Helfer der STASI wurde flächendeckend in der DDR-Gesellschaft so plaziert, daß dadurch jegliche kritische Regung im Ansatz erkannt werden konnte und entsprechend ‚operativ‘ behandelt wurde.“

Als eine wahre Fundgrube an bisher unbekanntem Erkenntnis haben sich dem Verf. die von ihm zu Gesicht gekommenen „Personendossiers“ erwiesen, die vom MfS über führende Persönlichkeiten der CDUD angelegt worden sind. Darunter befinden sich Akten über den Generalsekretär (1949 – 66) und späteren Vorsitzenden (1966 – 89) der Partei, Gerald Götting, über den stellvertretenden Generalsekretär und späteren stellvertretenden Vorsitzenden der Partei,

Wolfgang Heyl, und über viele andere Parteifunktionäre. In den „Personendossiers“ sind, im Nachhinein zumindest, bisweilen höchst amüsant zu lesende, seinerzeit aber offensichtlich höchst geheime Informationen enthalten. So etwa, wenn die Bemerkung von Gerald Götting über seinen Parteivorsitzenden Otto Nuschke festgehalten worden ist: „Nuschke ist ein alter Trottel. In Wirklichkeit führe ich ja selbst die Partei.“ Von Götting ist auch die Aussage vom Herbst 1951 aktenkundig gemacht worden: „Die Sowjetunion verlangt von der DDR einen Verteidigungsbeitrag, d. h. wir müssen ab nächstem Frühjahr die allgemeine Wehrpflicht hier bei uns einführen. Die Aufgabe, die Menschen ideologisch darauf vorzubereiten, fällt unserer Partei zu.“ Der in einigen Agentenberichten als „Doppelzüngler“ abqualifizierte Götting wird vom Verf. wie folgt charakterisiert: „Dieser hatte, wie andere CDUD-Politiker, den festen Glauben, daß die CDUD der SED eine ebenbürtige und gleichwertige Bündnispartnerin war und daß das progressive Potential der CDUD-Funktionäre gemeinsam in Partnerschaft mit der SED den Sozialismus verwirklichen sollte. So ist die Kritik Göttings dieser Tage (unmittelbar nach dem 17. Juni 1953, H. W.) an desorganisierten und ungebildeten SED-Funktionären, die keine zukunftsweisende Politik entwarfen, zu verstehen. Götting wartete wirklich ab, aber nicht darauf, ob sich die Machtverhältnisse in der DDR zuungunsten der SED veränderten, sondern darauf, daß die SED endlich die CDUD als den ‚mitgestaltenden‘ und ‚mitverantwortlichen‘ Bündnispartner anerkannte und sie an der vollen Regierungsverantwortung teilhaben ließ.“

Während der Verf. sich durch die Akteneinsicht in seiner Einschätzung Göttings als eines „intriganten, machtbewußten und bis zur Verbiegung Anpassungsfähigen, der nur seine Interessen verfolgte, ein Mann also, der der STASI nicht angenehm war, den sie aber anscheinend in dieser Funktion, in dieser Partei brauchte“, bestätigt sieht, hat er im Hinblick auf Otto Nuschke, den langjährigen Vorsitzenden der CDUD, angemerkt, daß die BStU-Dokumente (die Akten des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik) es erlauben würden, seine Rolle, die in der Literatur überwiegend als williges Werkzeug der SED dargestellt werde, „in größerer Komplexität und in ihrer Mehrdeutigkeit zu sehen.“

Als Hauptthese seiner Untersuchung hat der Verf. das in der DDR etablierte politische System als „Mitverantwortungs-Diktatur“ auszuweisen gesucht. Zu diesem Ergebnis ist er dadurch gelangt, daß seine Ermittlungen ihn zu der Feststellung gebracht haben: die Gleichschaltung und Einbindung von gesellschaftlichen Kräften außerhalb der SED – der Verf. spricht in diesem Zusammenhang im Hinblick auf die CDUD von einer „Selbstgleichschaltung“ – hat nicht nur zu ihrer Unterwerfung unter einen fremden Willen geführt und sie zum folgsamen Mitmachen motiviert. Die erfolgte Vereinnahmung hat auch bewirkt, daß diese Kräfte zu einem integralen Bestandteil des Systems geworden sind, mehr oder minder freudig mitgewirkt und mitregiert haben. Sie haben damit Mitverantwortung für alles, was geschehen ist, auf sich geladen, wie es vom System bezweckt worden war. Es stellt dies, in den Augen des Verfs., einen gewissen Triumph des Systems dar, das sich auf diese Weise stabilisierte, von innen her weder zu reformieren noch zu stürzen gewesen ist, solange die „gesellschaftliche Kontrolle“ durch die SED und die „gesellschaftliche Säuberung“ durch das MfS funktionierte.

In den Worten des Verfs. wird dieser Sachverhalt wie folgt beschrieben: „In dem hier dargestellten Handlungsbogen von fünfundzwanzig Jahren CDUD-Parteigeschichte wurden zwölf Parteitage durchgeführt. Während die Auseinandersetzungen des 2. Parteitags der CDUD noch um die Eigenständigkeit der Partei, um Werte, Bewertungen und um den Kurs ihres politischen Handelns geführt wurden und dabei die Mächte und Personen deutlich wurden, die die Partei 1947 im Innern und von außen bedrohten, so war die Parteitagsrealität der CDUD des Jahres 1968 die einer ausgerichteten, mitverantwortlichen und bündnistreuen Partnerin der SED und Beleg ihres gewandelten Selbstverständnisses.“ Wobei es aufschlußreich ist, daß der Verf. den Begriff

„Mitverantwortung“ als Charakteristikum der DDR-Gesellschaft gar nicht selbst erfunden hat, sondern daß er in der „sozialistischen Verfassung“ der DDR von 1968 in der Fassung, daß jeder Bürger „Verantwortung für das Ganze“ trage, verankert gewesen und auch in der parteitreuen Literatur verwendet worden ist.

Diese nicht Trittbrett-, sondern Beifahrerfunktion der späteren CDUD ist vom Verf. mit den folgenden Worten zum Ausdruck gebracht worden: „Die Loyalität der überwiegenden Mehrheit der Mitgliedschaft in dieser Partei gegenüber der Staatspartei SED in den 50er und 60er Jahren sicherte der CDUD die Existenz im sozialistischen Staat DDR. Die CDUD diente dabei einerseits als Multiplikator der SED-Parteibeschlüsse für die ständige Mobilmachung im Wettbewerb und zur Planerfüllung, andererseits wirkte sie neutralisierend und integrierend auf Teile der Bevölkerung, die durch die SED und ihre Propaganda nicht erreicht wurden.“

Seine These hat der Verf. noch durch ein Zitat aus dem in Ost-Berlin 1985 erschienenen „Kleinen Politischen Wörterbuch“ unterstützt, in dem es geheißen hatte: „Die CDU ist eine Partei des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus, die in der Gemeinschaft mit allen demokratischen Kräften im Demokratischen Block der Parteien und Massenorganisationen und in der Nationalen Front der DDR die Politik des sozialistischen Staates mitverantwortet und mitverwirklicht. ... Die CDU leistet einen schöpferischen Beitrag zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR Der Volkskammerfraktion der CDU gehören 52 Abgeordnete an, über 15 000 Mitglieder sind als Abgeordnete und Nachfolgekandidaten in den Volksvertretungen tätig. Im Staatsrat, im Ministerrat, in den Räten der Bezirke und Kreise sowie als Bürgermeister tragen CDU-Mitglieder politische Verantwortung. In den Ausschüssen der Nationalen Front der DDR nehmen etwa 17 000 Mitglieder Funktionen wahr. Eine Vielzahl weiterer Mitglieder arbeiten in Leitungsgremien gesellschaftlicher Organisationen.“ Dies und viele andere Belege für die tatkräftige Mitwirkung der CDUD am politischen Leben der DDR läßt den Verf. daran zweifeln, daß die oft zu hörende Einschätzung: „Der Funktionärsstamm war verrottet, die Mitgliedschaft war gesund!“ wirklich den Tatsachen entsprochen hat.

Im vorletzten Unterkapitel seiner Untersuchung hat sich der Verf. mit der für ihn und seine Analyse zentralen Frage beschäftigt, ob es sich bei dem SED-Regime um ein totalitäres oder autoritäres System gehandelt hat. Er hat damit – zum Glück für den Leser – nicht eine neue Totalitarismus-Debatte vom Zaune gebrochen, sondern auf wenigen Seiten lediglich auf zwei für ihn wichtige Gründe aufmerksam gemacht, im Hinblick auf die DDR von ihrem Anfang an bis zu ihrem Ende von einem totalitären System zu sprechen. Der erste besteht nicht im Nachweis aber doch in der These, daß die Absage an den methodologischen Totalitarismus-Ansatz in der westdeutschen DDR-Forschung politischen Erwägungen geschuldet gewesen sei, aus Gründen der politischen „Priorität, des Zeitgeistes und einer links-bestimmten appeasement-Politik gegenüber der DDR“ erfolgt sei und zur Folge gehabt habe, daß ein die Wirklichkeit der DDR verfälschendes Bild von ihr in Umlauf gebracht worden sei. Die These von der Konvergenz beider Gesellschaftssysteme habe „qua ihrer Definition als Industriegesellschaften, mit vorgeblich ähnlichen soziologischen Implikationen, ... die repressive Gewaltstruktur kommunistischer Gesellschaftsorganisationen und ihrer gegenüber dem Westen antagonistischen ideologischen Verfaßtheit“ völlig außer Blick geraten lassen.

Sich demgegenüber für die Verwendung des Totalitarismus-Ansatzes einsetzend, hat der Verf. sich gleichwohl für eine „Definitionserweiterung“ des traditionellen Totalitarismus-Begriffes durch vier neue Elemente ausgesprochen. Er hat vorgeschlagen, dies sein zweiter Grund für sein methodologisches Engagement, die Definitionsmerkmale von Hannah Arendt, Carl-Joachim Friedrich und Zbigniew K. Brzeziński durch

- das „Prinzip der Mitverantwortung“,
 - die Abwesenheit und Unterdrückung von Reisefreiheit für die Deutschen in der DDR in den anderen Teil Deutschlands und in die westlichen Demokratien (durch Mauer, Stacheldraht, vermehrte Westgrenze und Schießbefehl des kommunistischen DDR-Systems),
 - den „staatlichen Menschenhandel“ der DDR
 - sowie durch die „Zwangsarbeit von politischen Gefangenen“
 -
- zu erweitern.

Und er hat zudem zu bedenken gegeben, ob es nicht gerade „der Kampf aller gegen alle!“ im Sinne des Satzes von Alain de Benoist sei, der ein totalitäres System kennzeichne: „Die totalitäre Macht ist in erster Linie die Tyrannei aller gegen alle; das tatsächliche Fundament der Macht derjenigen, die sich an der Spitze der Hierarchie befinden, ist die Macht derjenigen, die deren Grundlage bilden.“ –

Es ist, wie ich es sehe, insofern schade, daß der Verf. eine solche Neu-Definition des Totalitarismus-Begriffes nur gerade ansatzweise vorgenommen hat, ihn nicht systematisch weiterentwickelt hat.

Ganz zum Schluß, in seiner Schlußbetrachtung, kommt der Verf. auf etwas zu sprechen, was, bedenkt man sein spezielles Interesse an der Rolle und Bedeutung des MfS bzw. der STASI, in seinen Darlegungen zu recht nicht fehlen darf. Er stellt die rhetorische Frage: Wer hat die „friedliche Revolution“ vom Herbst 1989 eigentlich ausgelöst? War sie womöglich gar ein „STASI-Unternehmen“, „um unblutig und ungestraft den drohenden Untergang des ‚real existierenden Sozialismus‘ in der DDR zu überleben und um den Prozeß der Transformation der Gesellschaft entscheidend mitbestimmen zu können, um den Einfluß und die Macht der alten Kader und Apparate neu zu installieren“? Oder aber handelt es sich dabei nicht vielmehr um eine von außen, von außer Kontrolle geratenen Volksmassen bewirkte „Implosion des Herrschaftssystems“? Ohne diese Frage zu entscheiden, kommt der Verf. doch zu dem Urteil, daß die erste Hypothese, bedenkt man eine ganze Reihe von Folgen, eine gewisse „Plausibilität“ für sich hat.

Die Plausibilität der These vom „Selbststurz“ des Systems ergibt sich für den Verf. vor allen Dingen aus den unmittelbaren Folgen des Umsturzes, zu denen er die folgenden zählt: Der von vielen prominenten Politikern der PDS aber auch der SPD und der CDU geforderte „Schlußstrich“ bedeutete: „Straffreiheit, Verjährung und Amnestie für Verbrechen und Verletzungen der Menschenrechte durch den Staatsapparat und die Sicherheitsorgane der DDR, keine Kriminalisierung der SED und des MfS, trotz ihrer Verantwortung für ungezählte Verbrechen, keine Enteignung der Parteivermögen der SED und ihrer Blockparteien zur Entschädigung von politisch Verfolgten, kein Verbot der SED und ihrer Nachfolgeorganisation – analog dem NSDAP-Verbot nach dem Zusammenbruch 1945 – keine angemessene Selektion des Staatsapparates/der öffentlichen Verwaltung im vereinten Deutschland nach Kriterien der Involvierung in das SED-Regime.“ Was der Verf. bei dieser seiner Argumentation freilich nicht bedacht hat, ist, daß nach seiner eigenen Darstellung der „DDR-Mitverantwortungs-Diktatur“ die Mehrheit der DDR-Bevölkerung das System direkt oder indirekt gestützt und getragen hat, daß eben diese Mehrheit aber gebraucht wurde und wird, um das alte Regime durch ein neues System, das zwangsläufig viele Spuren des alten aufweist, zu ersetzen. Ein anderes, neues Volk stand halt nicht zur Verfügung.

Das Bild, daß der Verf. dieser umfänglichen Abhandlung von der CDUD in der SBZ und DDR mit großer Detailbesessenheit gezeichnet hat, ist in meinen Augen einerseits das Bild der „Entseelung“

einer Partei. Dargestellt worden ist, wie eine Partei durch ihre Transformation um alles gebracht worden ist, durch was sie sich in aller Regel auszeichnet: um eine eigene, sie von anderen unterscheidende Programmatik, um eine authentische Führung, ja sogar um ihre Selbständigkeit und zudem um jeden politischen Kredit, und die dennoch als Schatten ihrer selbst weiter existiert hat. Und gezeigt worden ist andererseits das Bild eines „Triumphes“ der herrschenden Partei, der SED. Beschrieben worden ist, wie es ihr mit fremder Hilfe und administrativen Mitteln gelungen ist, nicht nur die eigene Mitgliedschaft und die der „befreundeten“ Organisationen in ihre Gewalt zu bringen, sondern ein ganzes Volk zum Mitmachen zu bewegen. Es ist dies im Grunde ein einziges „Trauerspiel“ in zweierlei Gestalt.

Wie mein Kollege, Prof. Manfred Wilke, in seinem Zweitgutachten geschrieben hat, ist es dem Autor darum gegangen, die uralte Frage aller Diktaturforschung zu beantworten: „Warum funktioniert die Methode der Unterdrückung und Belohnung bei so vielen Menschen in Diktaturen?“ Dies, wie es der SED-Herrschaft mit Hilfe von „Peitsche und Zuckerbrot“ weitgehend gelungen ist, nicht nur Feinde auszuschalten und Zweifler einzuschüchtern, sondern ganz normale Bürger „zu Komplizen der Diktatur“ zu machen, ist vom Verfasser in exemplarischer Weise dargestellt worden.

Mein Gesamteindruck von der hier publizierten Abhandlung läßt sich wie folgt zusammenfassen: Die Untersuchung ist nicht nur was den Umfang der Dissertationsschrift anbelangt exzeptionell, sie besitzt in meinen Augen auch inhaltlich eine besondere, herausragende Qualität. Diese besteht zum einen in der seriösen Aufarbeitung und Auswertung ganz verschiedener, verstreuter Archivmaterialien, wodurch die Arbeit quellenmäßig einen hohen Rang einnimmt; und sie ergibt sich zum anderen aus einer ganzen Reihe von neuen Einsichten in die Realität totalitärer bzw. spät-totalitärer Herrschaft. Zu diesen zähle ich in erster Linie die vom Verf. vertretene und in meiner Sicht von ihm verifizierte These von der „Mitverantwortungs-Diktatur“.

Aus zahlreichen, vom Verf. angegebenen Gründen ist es dem SED-Regime gelungen, obwohl es doch ein von außen eingesetztes und bis zu seinem Sturz von außen gestütztes System gewesen ist, seine Machtbasis auf administrative Weise, durch Gleichschaltung und Unterwanderung wie durch die Aktivierung und Mobilisierung aller gesellschaftlichen Kräfte, derart zu konsolidieren, daß es den Anschein erweckt hat, es könne aus eigener Kraft existieren. Erst durch den Entzug der von außen gewährten Existenzgarantien und dem Aufbegehren nicht-organisierter Bevölkerungskreise, die sich gerade nicht systemkonform verhielten, ist die Wahrheit ans Licht gekommen: Es ist zusammengebrochen. Noch nirgendwo anders als in dieser Untersuchung ist, finde ich, die Art und Weise offengelegt worden, wie eine „Satelliten-Partei“ unter den obwaltenden Umständen gefügig gemacht und in das System eingefügt, wie sie zum integralen, das Regime stabilisierenden Teil des Systems transformiert worden ist. Das ist in meinen Augen eine große politikwissenschaftliche Leistung.“

Berlin, den 25. März 2003

Prof. Dr. Helmut Wagner